

Wegzugspreis:
Bierpreis 10.- M. monatlich 10.- M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10.- M. einrichtl. Zu-
stellungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Österreich,
Ungarn und Zurenburg 10.- M. für
das übrige Ausland 17.- M. Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Dänemark, Estland, Finn-
land, Holland, Litauen, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Bildung und Wissenschaft“
erscheint wochentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegraphisch: **„Sozialdemokrat Berlin“**

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Normzeile
kostet 500 M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 150 M. (zu-
läufig zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.- M. Stellenangebote
und Stellenanzeigen das erste
Wort 1.- M. jedes weitere Wort
50 M. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Stelle 1.- M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeldes.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Mittwoch, den 22. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Labour Party gegen Weltruin.

Brighton, 21. Juni. (W.B.) Bei der Eröffnung der 21. Jahres-
konferenz der Arbeiterpartei, an der etwa 1000 Delegierte teil-
nahmen, die

4 257 000 Parteimitglieder

vertreten, hielt der Vorsitzende Cameron eine Rede, in der er
heftige Angriffe gegen die Politik Lloyd Georges richtete. Er fragte,
welche Berechtigung Lloyd George und seine Freunde zu der An-
nahme hätten, daß nur sie und nur sie allein in der Lage seien, das
Land zu regieren. Die Politik der Koalitionsregierung bedeute, nach
ihren Ergebnissen zu urteilen, Chaos und wirtschaftlichen Ruin. Im
Handel stehe es schlechter als je. Ein großer Teil der gegenwärtigen
Arbeitslosigkeit sei auf die Tatsache zurückzuführen, daß die britische
Regierung gemeinsam mit der französischen, italienischen und belgischen
Regierung einen militärischen Frieden abzuschließen und daß die
Regierungen sich verschworen hätten, einen Wirtschaftskrieg zu
führen, der möglichst wirksam die Mittelmächte dauernd zu Krüppeln
mache. Die große Mehrheit der Arbeiter beginne zu verstehen, wie
schlecht

wie wahnsinnig die Politik der alliierten Regierungen,

die in den Reparationsbedingungen zum Ausdruck kommen, sei. Diese
Bedingungen seien Deutschland auferlegt worden mit verhängnisvollen
Folgen für die wirtschaftliche Lage der Arbeiter Englands und aller
Länder der Welt. Die Erwerbslosigkeit in der Schiffbauindustrie
führe in der Hauptsache den Reparationsbestimmungen zuge-
schrieben werden. Das Ergebnis davon sei, daß heute in den briti-
schen Häfen

über eine Million Tonnen Schiffstaumüll

liegt und 10 000 britische Werftarbeiter erwerbslos auf die Straße
gestoßen seien. Die Schiffbauer sinnen an, auszugeben, daß die
bestellte Politik verfehlt war und wünschen, daß die Regierung keine
Schiffe mehr von Deutschland annehme und wenn möglich, Deutsch-
land einige der ihm genommene Schiffe zurückerkauft, weil
die Wirkungen der Reparationsbestimmungen die englische Schiffbau-
industrie zerstören.

Der Bergarbeiterstreik.

London, 21. Juni. (W.B.) Auf der Konferenz der Arbeiterpartei
sagte der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Hodges u. a.: Man
kann so mächtige Arbeitermassen

nicht ins Unendliche

einen Kampf fortsetzen lassen, der zu Chaos und Auflösung führen
würde. Wenn die Bergarbeiter peltsagen würden, so könne man
ihre Führer nicht dafür verantwortlich machen (sondern den Drei-
bund, der einen Solidaritätsstreik unterließ — ist wohl zu ergänzen,
Red.). Es sei möglich, daß die Bergarbeiter gezwungen würden, sich
ins Unvermeidliche zu fügen. Wenn dies geschehe, so würden
die Bergarbeiter nie aufhören, die gegenwärtige Regierung zu be-
kämpfen.

Keine Stimme für Moskau!

Der Kongress fand keine Gelegenheit, sich für eine Teilnahme an
der Dritten Internationale auszusprechen, da die entsprechende Reso-
lution von zwei Sektionen bereits vor der Abstimmung zurückgezogen
wurde. Es wurde eine Resolution Norfolk ohne Erörterung ange-
nommen, die das Exekutivkomitee der Labour Party beauftragt, alle
Wahnsprüche zu ergreifen, um die Zweite Internationale zu unter-
stützen und alle Sozialisten und Arbeiterorganisationen der ganzen
Welt zu einer Konferenz einzuladen, um eine neue Internationale
zu errichten.

Reichsvertreter in Oberschlesien.

Nach verschiedenen Meldungen sind drei Reichstagsabge-
ordnete, darunter Gen. Dr. Wolf Köster, nach Oberschlesien
gereist, um mit den dortigen Parteien zu verhandeln und
vielleicht auch, um die Leitung des Selbstschutzes in dem bereits
beabsichtigten Entgegenkommen in der Räumungsfrage zu be-
stärken.

Die ober-schlesische Reichstagsdebatte, die der Außenminister
Dr. Rosen zum erstenmal sprechen wird, ist verschoben, weil
nach der Kenntnis der Reichsregierung

1. die letzten Auslandsnachrichten es ziemlich sicher erscheinen
lassen, daß nach keinerlei Vereinbarungen zwischen England und
Frankreich (Oberschlesien die — Vorderasien mitl. Red.) zuungunsten
Deutschlands zustande gekommen sind.

2. weil durch neue Vorschläge des Generals Hoefler an General
Henneker vielleicht eine neue Verhandlungsbasis gefunden ist, die
zur Säuberung Oberschlesiens führen könnte, so daß es jedenfalls
rätlicher sei, zunächst noch ein Stück der nächsten Entwicklung über-
blicken zu können.

Selbstverständlich würde eine deutschlandfeindliche Ent-
scheidung schwerwiegende Folgen auch in der innerdeutschen
Politik haben. Darüber wird man sich im Auslande wohl
klar sein. Nach der Dema hat man auch in französischen
Kreisen endlich Bedenken wegen der Beeinträchtigung der
deutschen Reparationsleistungen durch eine Loslösung Ober-
schlesiens.

Korjantj droht.

Deutschen, 22. Juni. (W.B.) Die der „Oberschlesische Weg-
weiser“, das Blatt Korjantj's, betitelte, erklärt die Rolle, die die
ober-schlesische Delegation unter Führung Rosolows vor einer Woche
in Paris abgeben hat, den Ausbruch des ober-schlesischen General-
streiks, gibt ein Bild der Zusammenfassung der Aufständischen und

schließt mit der Drohung, daß, wenn die Deutschen die Insurgenten-
front durchbrechen würden, die ober-schlesische Industrie zerstört
werde.

Deutschen, 22. Juni. (W.B.) In Rostberg ist wiederum ein polni-
scher Insurgentenführer von seinen eigenen Leuten erschossen worden.

Das Rote Kreuz.

Kattowitz, 22. Juni. (W.B.) Zwischen dem internationalen
Roten Kreuz (Genf), das einen besonderen Vertreter nach Kattowitz
entsandt hat, und den Eisenbahnsoldaten der R. schweben Verhand-
lungen wegen Einrichtung von Roten-Kreuz-Fügen zur Abhilfe der
besonders von Kranken aus dem ober-schlesischen Aufstandsgebiet von
Rostowitz bis Oppeln. Der erste diese Fügen wird voraussichtlich am
kommenden Freitag verkehren. Der vom polnischen R. Kreuz
eingeschickte Zug wird auf Anordnung der R. nicht mehr ver-
kehren.

Frankreich gegen Hoefler.

Die französische Antwort an den deutschen Botschafter auf die
deutsche Note vom 16. Juni über die Zustände in Oberschlesien
erhebt zunächst Einspruch gegen die deutsche Darstellung und führt
fort: Die französische Regierung verkennt keineswegs die Ausschrei-
tungen, deren sich die polnischen Insurgenten schuldig gemacht haben.
Sie hat diese von Anfang an verurteilt, aber sie kann deshalb
das Bild, das Sie von der Lage entwerfen, nicht als zutreffend
anerkennen. Die

Internationaler Kommission hat unaufhörlich die größten An-
strengungen gemacht,

um die Achtung vor Leben und Eigentum zu gewährleisten, und
ihre Bemühungen sind sehr oft von Erfolg gekrönt worden.
Die alliierten Regierungen haben Schritte unternommen, um
die Freilassung der Geiseln zu erwirken, und die
polnische Regierung hat dem Zustand keineswegs die Unterstützung
zuteil werden lassen, welche Sie brandmarken.

Wenn die deutsche Regierung glaubt, Beschwerden vorbringen
zu sollen, muß sie diese an die I. K. richten: Diese trifft in ihrer
Gesamtheit ihre Entscheidungen, und ich bin nicht in der Lage,
Kritiken anzunehmen, die darauf hinarbeiten, den Präsidenten
der Kommission allein in verantwortlicher zu machen. Ueberdies wäre
die Lage heute anders und die Ordnung in Oberschlesien wäre be-
reits wiederhergestellt, wenn

Die deutschen Selbstschutzhorganisationen

nicht eine Haltung angenommen hätten, welche in gleicher Weise, wie
der polnische Aufstand, eine Herausforderung der Kommission dar-
stellt. In demselben Augenblick, in dem die polnischen Insurgenten
durch Taten ihre Bereitwilligkeit erweisen, sich den Befehlen der
Kommission zu unterwerfen, in dem Augenblick, in dem sie be-
gannen, sich zurückzuziehen und die Waffen niederzulegen, besteht die
Gefahr, daß durch das Verhalten des Generals Hoefler und der
Führer der deutschen Partisanen in Oberschlesien die bereits erzielten
Ergebnisse aufs Spiel gesetzt werden. Es kommt im gegenwärtigen
Augenblick nicht darauf an, die eine oder andere Ausschreitung aus
der Vergangenheit ans Licht zu ziehen, sondern es handelt sich darum,
durch Taten die Autorität der Kommission wiederherzustellen.
General Hoefler verkennt diese Autorität. Die

deutsche Regierung verfügt über hervorragende Nachmittels,

um ihn zu der Einsicht zu bewegen, daß allein völliger Gehorsam
gegenüber den Anordnungen der internationalen Behörden die Wieder-
herstellung der gesetzlichen Ordnung beschleunigen kann, deren Sicher-
stellung den deutschen Selbstschutzhorganisationen angeblich am
Herzen liegt. Es ist wahr, daß die deutsche Regierung zu verschiede-
nen Malen die Versicherung abgegeben hat, dem General Hoefler
Zurückhaltung angeraten zu haben; aber im gegenwärtigen Augen-
blick handelt es sich nicht um Zurückhaltung, sondern es handelt sich
um Unterwerfung. Allein durch Unterwerfung aller unter
die internationalen Behörden kann die Ruhe in Oberschlesien wieder-
kehren. Die französische Regierung würde glücklich sein, zu er-
fahren, daß sich alle Bemühungen der deutschen Regierung in diesem
Sinne bewegen.

Kammerkrach der Faschisten.

Rom, 21. Juni. Stefani. In der Kammerdebatte über die
Antwort auf die Thronrede protestierte Mussolino gegen die „deut-
schen Agitatoren“ in Treviso und erklärte: Italien ist auf dem
Brenner und wird dort bleiben. Galotti unterbrach ihn mit
dem Zwischenruf: Wie sind alle einverstanden. (Allgemeiner Bei-
fall.) Ein sozialistischer Abgeordneter sprach hierauf über die
Affäre der Faschisten. Seine Rede gab zu Protesten Anlaß, die
schließlich in Tätlichkeiten ausarteten, so daß die Sitzung unterbrochen
werden mußte. In den Auseinandersetzungen über die Faschisten-
erzesse nahm Arbeitsminister Labriola (Reform-Soz.), trotz drin-
gender Neutralitätsbitten Galottis, die Partei der Sozialisten. Er
verließ nachher die Sitzung und man erwartete seinen Rücktritt. Nach
Wiederaufnahme der Verhandlungen wurde die Ruhe nicht mehr
gestört. Der Deutsch-Südtiroler Walther (Vogel) erklärte im
Namen seiner Fraktionsgenossen, die Deutschen Südtirols würden
keinen Irredentismus treiben, sich aber an das italienische Volk
wenden, wenn es hören wolle. Er verlas eine Erklärung, in der
gegen die von der Friedenskonferenz veranlaßte Zerstückung Tirols
Protest erhoben und das Recht der Selbstbestimmung verlangt wird.
Der Abgeordnete wurde nicht unterbrochen. Seine Ausführungen
begegneten lebhaftem Interesse.

Nachträglich wird gemeldet, daß Mussolini auch den Schweizer
Kanton Tessin verlangt hat.

Die Verderber.

Die Arbeitlosen, die am Montag vor dem Gewerkschafts-
haus demonstrierten, waren zum weit überwiegenden Teil
bemitleidenswerte und unwissende Menschen, denen drückende
Not nicht viel Raum zu ruhiger Ueberlegung ließ. Die aber
hinter ihnen standen, die an unsichtbaren Fäden diese Er-
regung für ihre niedrigen Ziele dirigierten, bis sie Proletarier
gegen Proletarier gehet hatten, das waren Verbrecher,
gewissenlose Verderber der Arbeiterbewegung.

Wir gebrauchen das Wort „Verbrecher“ nicht mit der
gleichen Leichtigkeit wie die „Rote Fahne“, für die jeder
Andersdenkende ohne weiteres ein Lump ist. Aber hier ist
das Wort wirklich einmal am Platze. Anders läßt sich die
Tat selber nicht bezeichnen, anders nicht ihre agitatorische
Fruchtifizierung, anders nicht der Versuch, diese Tat von
neuem und in noch größerem Umfange zu
wiederholen. Es tut sich uns hier ein solcher Sumpf
niedriger Geinnung und verlogener Freigebheit an, daß es
der deutschen Sprache an Worten gebricht, um das in der
richtigen Weise zu kennzeichnen.

Ekelerregend ist allein der Lügnetz, in dem sich jetzt die
„Rote Fahne“ wälzt. Man weiß aus Erfahrung: wenn ein
Kommunist neben einem Spaziergänger geht und haut plöy-
lich den Spaziergänger auf den Kopf, so ist der Kommunist
„angegriffen“ worden. Und wenn mehrere Tausend unter
kommunistischer Führung einen einzelnen älteren Mann mit
Eisenstangen und Gummiknüppeln blutig schlagen, dann ist
natürlich schuld daran nur der ältere Mann, der die Tausende
überfallen und niedergeschlagen hat. Jeder Berliner kennt
den Biß vom Kaninchen, das angefangen haben soll, indem
es den Schlächterhund zuerst biß. Die Kommunisten wagen
es, der Arbeiterklasse nach viel tollere Geschichten mit erster
Miene vorzuführen. — Vielleicht werden die kommunistischen
Zeugen auch noch behaupten, daß der alte Sabbath die
Demonstranten umzingelt habe!

Die Lüge der „Roten Fahne“, daß die Demonstranten
von 5 oder 6 Gewerkschaftsangehörigen angefallen worden
wären, — nach Behauptung der „Roten Fahne“ waren es
12 000 Demonstranten —, ist so dumm, daß selbst ein fana-
tisches Kommunistenthiergeh gegen ihre Annahme sträuben
dürfte. Deshalb braucht das kommunistische Organ den alten
Trieb, mit dem seit jeder Legenden den Köpfen eingehämmert
wurden: die endlose Wiederholung. An der Spitze
der heutigen „Roten Fahne“ steht ein Aufruf, daneben ein
Leitartikel, die beide die Vorgänge im Gewerkschaftshaus be-
handeln. Zehnmal, zwanzigmal wird in beiden die
Lüge wiederholt, daß die paar Gewerkschaftsbeamten die
vielen tausend Demonstranten mit Spiralsäbern, Gummi-
knüppeln, Eisenstangen und Messern überfallen hätten. Ja
— man traut den Augen nicht —, und der alte Sabbath hat
wirklich die Demonstranten ganz allein umzingelt! Denn
wörtlich sagt der Aufruf, daß die Demonstranten „von
allen Seiten“ angegriffen worden seien. Biblische
Wunder wiederholen sich für die Kommunisten, die Speisung
der Fünftausend mit zwei Broten ist nichts gegen den alten
Sabbath, der 12 000 Kommunisten „von allen Seiten“ angreift.

Dabei war der „Roten Fahne“ selber gestern abend ein
Widerruf ihrer eigenen Lügenlegende entküpft, als sie
schrieb:

Gewiß mögen die demonstrierenden Arbeitlosen nicht so
stittsam und manierlich aufgetreten sein, wie es der
Christlichen Anstandslehre entspricht. Hunger tut weh, und Wa-
naustrübe gibt es dabei leicht, wenn man statt Brot nur böse
rische Hohnworte über „Inorganisierte“ zu hören bekommt.

Aber dieses halbe Geständnis, daß es sich um Wutaus-
brüche provozierten Erwerbsloser gehandelt habe (nur waren
die Provokateure nicht die Gewerkschaftsbeamten, sondern
steden als kommunistische Agitatoren in der
Reihe), hat nicht lange vorgehalten. Heute früh wird der
alte Lügenleiterlasten mit verstärkter Lourenzahl gedreht.

Doch diese Lügnerie ist eigentlich an dem heutigen Auf-
ruf noch das Wenigste. Ganz klar fordert dieser Aufruf dazu
auf, den Stand al in verstärkter Auflage zu wiederholen.
Der Aufruf appelliert nämlich mit folgenden Worten an die
Arbeiter:

Die Arbeitlosen, die in friedlicher Demonstration, getragen von
einem leichten Funken von Glauben an den Willen und an die
Kraft der organisierten Arbeiterkraft, ihnen in ihrem entsehligen
Glend zu helfen, haben alle Hoffnung verloren.

Jetzt müßt ihr auf den Plan treten.

Jetzt müßt ihr in Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen
eure Organisationsvertreter zur Rechenschaft ziehen. Jetzt müßt
ihr, die gewerkschaftlich Organisierten und die noch Arbeitenden
in einer Demonstration von ungeheurer Wucht im Gewerkschafts-
haus nach dem Rechten gehen.

Was diese letzten Worte bedeuten, darüber kann man sich
nach den zweimaligen Vorgängen im Gewerkschaftshaus nicht
mehr täuschen lassen. Wir erklären mit aller Offenheit: Die
Arbeiter, die sich zu einem Gewaltakt gegen ihre eigenen Or-
ganisationen misbrauchen lassen, handeln bewußt oder un-

bemüht als Verräter ihrer Klasse. Die „Führer“, die sie dazu mißleiten wollen, sind die schlimmsten Verräter an der Arbeiterbewegung, die seit deren Beginn überhaupt existiert haben.

Aber es entsteht eine Frage: Was soll diese ganze Taktik der KPD? Es sind die letzten Wahnsinnszuckungen der geschichteten und von vornherein zum Scheitern verurteilten Gewalttätigkeit. Die KPD hat die Gewalt um jeden Preis gepredigt. Wollte sie nach endlosem Agitieren in diesem Sinne nicht blamiert abtreten, so mußte auch endlich die Gewaltanwendung erfolgen. Deshalb wurden zunächst die kommunistischen Arbeiter in den wahnsinnigen Märzputz hineingeheißt. Er endete mit einer so katastrophalen Niederlage der Kommunisten, daß man die Wiederholung des Experiments scheut. Der Staat erscheint als Gegner zu stark, flugs sieht man sich nach einem schwächeren Gegner um. Und so verfallt man auf die Gewerkschaften. Und wenn es auch Organisationen des Proletariats selber sind, gegen die sich die Gewalttätigkeit richtet, tut nichts! Diese Gewaltanbeter haben bereits die Gewalt um der Gewalt willen so lieb gewonnen, daß sie nicht mehr fragen, gegen wen sie sich kehrt, wenn nur Gewalt angewendet wird. Ueber die Vorgänge im Gewerkschaftshaus, die in jedem Klassenbewußten Arbeiter ein Gefühl brennender Scham und Schande erwecken, freut sich das Gefindel der „Roten Fahne“ und der KPD-Zentrale so sehr, daß es die Wiederholung gar nicht abwarten kann, nach einer Neuaufgabe um jeden Preis hungert. Was Paul Levi als Schandmal des Märzputzes in seiner Broschüre festnagelt, daß er stellenweise nicht als Kampf der Proletarier gegen die Kapitalisten, sondern als Kampf der Proletarier gegen Proletarier inszeniert wurde, das wird jetzt die Normaltaktik, der Dauerzustand der KPD. Aus Wut darüber, daß ihre plumpe Gewalttätigkeit gegen Staat und Kapitalistenklasse versagt, erprobt das kommunistische Führergefindel sie gegen proletarische Organisationen. Der Teufel lacht dazu! Schon kündigt die scharfmacherische „Post“ die triumphierende Lehre aus den Vorgängen im Gewerkschaftshaus:

„Es gibt jene proletarische Interessengemeinschaft gar nicht, von der „Vorwärts“, „Freiheit“ und „Rote Fahne“, eine jede und ein jeder auf seine Weise stummt.“

Und überall das gleiche Bild! In Dresden hat eine von der kommunistischen Zentrale inszenierte Gewerkschaftsdemonstration den unabhängigen Landtagsabgeordneten Renke nach Meldung der „Freiheit“ schwer mißhandelt. Den kommunistischen Prügelhelden ist alles recht. Kann man den Kapitalisten nicht treffen, so schlägt man eben den Proletarier — Hauptsache, daß geschlagen wird!

Der russische Zarismus bekämpfte einst die Arbeiterbewegung, indem er das Lumpenproletariat gegen sie in Bewegung setzte. Dies wird heute Taktik der KPD. Sinnlose Zerstörung, kopflose Wutpolitik, das ist ihre Devise. Es gibt nur einen Weg zur Rettung der Arbeiterbewegung vor diesen Zerstörern — und der geht über sie hinweg! Ehe die Zerstörer nicht mit der Schmach und Schande, die ihnen gebührt, ausgestoßen und isoliert sind, ist eine Gesundung der Arbeiterbewegung nicht möglich.

Ein Aufruf der Gewerkschaften.

Im Anschluß an die standalösen Vorgänge im Gewerkschaftshaus gibt der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ein Flugblatt heraus. Dieses Flugblatt resümiert kurz, was die Gewerkschaften im Interesse der Arbeitslosen getan haben. Sie haben insbesondere erreicht, daß mehrere Milliarden Mark zur Behebung des Baugewerbes und weitere 18 Milliarden Mark für Reichsaufträge im Post- und Verkehrsweisen zur Verfügung gestellt wurden. Bei der Vergabe dieser Aufträge werden Bezirke mit hoher Arbeitslosigkeit bevorzugt. Die Kommissionen für die Einführung verkürzter Arbeitszeiten, durch die Plätze für Arbeitslose frei werden sollen, sind bereits in Tätigkeit.

Meine Inseratenlektüre.

Von Karl Heinrich Krüger.

Jeder Mensch hat für einen bestimmten Teil der Zeitung seine besondere Vorliebe. Ich für die Inserate. Um von vornherein keinen falschen Gedanken aufkommen zu lassen, muß ich bemerken, daß ich „versorgt“ bin. Trotzdem aber lese ich auch die Heiratsinserate aufmerksam durch. Aber auch die anderen über Kauf und Verkauf. Wegen der Politik natürlich. Ja, gewiß wegen der Politik. Kein Mensch kann das glauben. Ich beinahe selber nicht, so unglaublich ist es, was ich in einer Hamburger Zeitschrift im Inseratenteil gelesen habe:

Anderwagen zu kaufen gesucht für deutschnationalen Säugling!

Also bitte, es stimmt, so unglaublich es ist. Ein hochpolitisches Kaufgesuch. Welcher Art diese deutschnationalen Säuglingskutschen sind, war mir bisher nicht möglich festzustellen. Daß solche Anderwagen besonders auf das bei den Deutschnationalen beliebte Ein- oder Zweikindersystem zugeschnitten sein muß, also höchstens drei bis vier Jahre halten darf, daß die Hinten Räder höher sind als die vorderen, damit der Wagen weithin sichtbar eine Neigung nach rechts zeigt, daß er schwarz-weiß-rot angepinelt sein muß oder die schwarze Farbe wegen des antisemitischen Charakters eines solchen Säuglings, die rote wegen der geringen Neigung zu den Sozialisten verpönt ist — das alles sind nur bescheidene Vermutungen von mir.

Meine Gedanken beschäftigen sich nunmehr mit dem Inhalt des interessanten Gefährtes. Ich verlaufe die Zukunft zu ergründen. Was mag aus diesem vom Säuglingsstrampeln an streng deutschnational gehüteten Menschenkinde werden? Sicher ein Mann von Leistungen, zu denen wir gewöhnlich geborene Menschen niemals fähig sein werden. Durch den Wehrauch meiner Zigarre beschwor ich die Göttin der Weissagung, und siehe da, Pythia gab mir das Orakel, und in Gestalt eines Inserates in der „B. Z.“ trat mir der nunmehr erwachsene deutschnationalen Säugling also entgegen:

Adliger Herr sucht Stellung, auch Namensbeilegung usw.

Von Eingeweihten ließ ich mir erzählen, daß die Hergabe eines adligen Namens, möglichst alt und gut klingend muß er sein, für irgendein Geschäftsunternehmen mitunter recht gut bezahlt wird, daß also beschäftigungslose, adlige Herren sich durchs Leben schlagen können, indem sie mit ihrem Namen Prostitution treiben wie eine Dirne mit ihren körperlichen Reizen. Wie meine Phantasieprodukte über den erwachsenen deutschnationalen Säugling zerfallen in nichts gegenüber diesem ungeheuerlichen Gebilde der Wirklichkeit!

Der Aufruf geht weiter, wie die Kommunisten die zehn Punkte der Gewerkschaften erst verdächtigt und beschimpft haben, jetzt aber tun, als ob gerade sie dafür kämpften! Die Rot der Arbeitslosen ist ihnen nur Vorspann für ihre politischen Ziele, das geheuchelte Mißgefühl ist nur Theatermaske. In Wirklichkeit geht es den Kommunisten nur um die Zerstörung der Gewerkschaften, wofür die Arbeitslosen den Sturmböck abgeben sollen.

Das Flugblatt weist daraufhin, daß das Gewerkschaftshaus den organisierten Arbeitern Berlins gehört und nicht zum Zummelplatz gewerkschaftsfeindlicher Elemente werden darf. Mit aller Schärfe wendet es sich schließlich gegen die kommunistische Pöbe, daß die Gewerkschaftsangehörigen gegen die Demonstranten tödlich vorgegangen seien. Am Montag und auch bei der vorletzten Demonstration war es umgekehrt. Der Aufruf schließt mit den Worten:

**Arbeiter, wahr! Eure Einigkeit!
Rückt ab von den Gewerkschaftszersetzern!
Laßt Euch nicht mißbrauchen zu kommunistischen Zwecken!**

Die „Freiheit“ kündigt gegenüber der kommunistischen Vögelndarstellung von den fünf Gewerkschaftsangehörigen, die mehrere tausend Demonstranten mißhandelt hätten, die Veröffentlichung eines umfangreichen Tatsachenmaterials an.

Aufhebung der sächsischen Sondergerichte.

Im Hauptauschuß des Reichstages teilte am Mittwoch Geheimrat Brecht (Reichsanwalt) im Verlaufe der Verhandlungen mit, daß die Verordnung zur Aufhebung der Ausnahmegerichte in Sachsen soeben vom Reichspräsidenten gegengezeichnet worden sei und alsbald veröffentlicht werde.

Ein Riß in der Reichskoalition?

Die Einheitsfront der Besitzenden.

Die gestrigen Beratungen im Steuerauschuß des Reichstages, bei denen Genosse Keil bekanntlich namens der sozialdemokratischen Fraktion erklärte, die Partei sei gegenwärtig nicht in der Lage, in die Beratung des Gesetzes einzutreten, haben die Empörung mehrerer bürgerlicher Morgenblätter erregt. Charakteristischerweise findet sich in den Angriffen gegen den Genossen Keil und die „Steuerabotage der Sozialdemokratie“ das „liberale“ „Berliner Tageblatt“ mit der deutschnationalen „Kreuz-Zeitung“ zusammen. Das „B. T.“ geht in seiner Solidarität sogar so weit, daß es der Bemerkung Helfferichs, was werden sollte, wenn auch die anderen Parteien erklären würden, sie möchten erst den Gesamtplan einer direkten Steuer kennen lernen, freudig zustimmt. Auch die „Kreuz-Zeitung“ sucht den Genossen Keil und die Sozialdemokratie gegen die Regierungspolitik auszuspielen.

Daß die bürgerlichen Parteien in ihrer heiligen Angst vor direkten und Besitzsteuern die schleunige Durchpeitschung der Fiskussteuervorlage einer Heranziehung näher liegender Quellen, wie der Besitzsteuern, vorziehen, nimmt bei der Steuerpolitik dieser Parteien nicht wunder. Demgegenüber ist es Pflicht der Vertreter der Arbeiterklasse, in den Steuerauschnüssen die sozialdemokratische Auffassung möglichst deutlich zum Ausdruck zu bringen. Die Arbeiterklasse mußte das Verhalten ihrer Vertreter im Parlament als geradezu unverständlich bezeichnen, wenn diese nicht alles daran setzten, in erster Linie die ergiebigen Quellen des Besitzes zu besteuern und dann erst an die die breiten Massen der wertvollen Bevölkerung schwer belastenden indirekten Steuern heranzutreten.

Die Gemeinsamkeit in der Reichskoalition enthält für die Sozialdemokratie keinerlei bindende Verpflichtung, nunmehr auf die eigene Politik zu verzichten, ja, nicht einmal ihr Vorschlagsrecht mehr geltend zu machen. Wenn bei dieser Lage der Dinge von bürgerlicher Seite der Versuch gemacht wird, als sei die Stellungnahme der sozialdemokratischen Ausschußvertreter eine Affrontierung Bircks, so ist hierbei der Wunsch des Gedankens Vater. Gerade die „Kreuz-

Ich hatte vor einigen Tagen gelesen, diesmal ganz zufällig nicht im Inseratenteil, daß ein bekannter deutschnationaler Führer sich und die Seinen als die „wahren Gralshüter der deutschen Ehre“ bezeichnet hätte. Da es mir seit meiner Schul- und Universitätszeit nicht vergönnt war, von den Tantiemen eines adligen Namens zu leben, sondern ich als geborener Prolet gezwungen war, mich durch meine Arbeit durchs Leben zu bringen, habe ich inzwischen vergessen, was ich früher über den Gral und seine Hüter gelernt hatte, und wußte nicht mehr recht, was ich mir unter einem „wahren Gralshüter der deutschen Ehre“ vorstellen sollte.

Jetzt weiß ich es wieder, und auch das verdanke ich meiner Inseratenlektüre.

Die Kammerspiele sind endgültig tiefste Sommerprovinz geworden. Man gibt Schänthaus und Kadelburgs Schwanz „Zwei glückliche Tage“. Es ist spießbürgerlicher Humor, Schablonen und langweilig. Man denkt sich, daß man vielleicht eine gewisse Behäuftheit des Vergangenen wiederfinden würde. Nein, hier wurde nur zum Durchhalten, das einmal war, von den verlegenen Sommerdirektoren zurückgeführt. Frau Eisa Wagner und Herr Galkorff sind in dieser Lustspielhülle die erträglichsten und fröhlichsten Geister: Frau Wagner breit, böse, bissig als Erbsiante und Hausdrachen, Herr Galkorff süß und fauleisend als gottvoll artiger Dattel und Gemütsmensch. W. S.

Polnische Ansprüche auf ein Meisterwerk Botticellis. Eine Warschauer Zeitung brachte dieser Tage einen Alarmruf an die polnische Regierung mit der Frage nach dem im Berliner Kaiser-Friedrich-Museum befindlichen großen Rundbilde des Botticelli, das laut der dort angebrachten Beschriftung „Leihweise aus dem Gräulich-Rocznickischen Fideikommissbesitz“ dem Museum überlassen ist. Das Warschauer Organ möchte seine Regierung scharf machen, damit sie evtl. Ansprüche geltend mache.

Es handelt sich um das letzte Stück der bekannten Galerie des Grafen Rasnitski, die älteren Berlinern aus ihrem Heim am Königsplatz noch wohlbekannt ist. 1882 ist das Haus vom preussischen Staat übernommen worden, der seinerseits die Verwaltung und Bewahrung der Galerie auf sich nahm. Die Bilder kamen in den Oberstock der Nationalgalerie. Dort haben sie fast zwei Jahrzehnte gestanden. 1908 wurde dann unter Kündigung des Vertrages zwischen der preussischen Regierung und dem Besitzer des Fideikommisses eine neue Regelung getroffen. Das neue Kaiser-Friedrich-Museum in Posen übernahm die Verwaltung und Bewahrung der Galerie bis auf dieses hervorragende Stück. Auf Veranlassung des Kultusministeriums erhielt die Polener Sammlung eine von Richard Behne hergestellte Kopie des Botticelli als Geschenk.

Nach diesem Sachverhalt ist also keine Gefahr, daß das herrliche Mittelstück des Botticelli-Sockels das Berliner Kaiser-Friedrich-Museum verlassen muß.

Amundsens Irrfahrten. Die Kopenhagener Zeitung „Berlingske Tidende“ veröffentlicht ein Radiotelegramm, das Amundsen am 20. Juni aus Rom in Alaska an sie gesandt hat. Danach ist seine Expedition am 8. August vorigen Jahres aus Rom abgegangen. Sie geriet aber schon am nächsten Tage in unpössliches Eis, durch das

Zeitung“ aber sollte nicht den tödlichen Versuch unternehmen, sich als sorgsame Schützerin der gegenwärtigen Regierungskoalition aufzuspielen.

Mont Cenis vor dem Reichstag.

Der Reichstag wird sich in seiner heutigen Sitzung mit einer Interpellation der Abgeordneten Imbusch, Trimborn und Genossen (Zentr.) über das Grubenunglück auf der Zeche Mont Cenis befassen. Die Anfrage lautet:

„Auf der Zeche Mont Cenis in Westfalen ereignete sich am 20. Juni ein folgenschweres Grubenunglück. Mehrere Unglücksfälle ereigneten sich in den letzten Jahren, wenn auch in geringerer Umlage, mehrfach. Es besteht auch die Gefahr weiterer ähnlicher Unglücksfälle. Ist die Reichsregierung bereit, Auskunft zu geben über die Ursachen des Unglücks? Welche Maßnahmen will sie ergreifen, um solche Katastrophen in Zukunft zu verhindern?“

Diese Interpellation gibt dem natürlichen Wunsch Ausdruck, die Ursachen der Bergwerkskatastrophe zu klären und für die Zukunft die Wiederholung ähnlicher Unglücksfälle zu verhüten, soweit dies überhaupt im menschlichen Ermessen steht. Wie wir heute morgen mitteilen, schwebt zurzeit die Untersuchung über die Entstehung des Unglücks. Es sind zwar Vertreter des Handelsministeriums an den Schauplatz gefahren, von einer Mitwirkung der Arbeiterschaft jedoch, die sogleich nach dem Unglück an dieser Stelle von uns gefordert wurde, hat man nichts gehört. Um so notwendiger erscheint es daher, diesen Gesichtspunkt bei der heutigen Interpellationsdebatte im Reichstag zum Ausdruck zu bringen.

Heute, 21. Juni. (W.T.B.) In der Nacht zum Mittwoch brach, wie die „Herner Ztg.“ meldet, in der Kokerel der Zeche Mont Cenis ein großer Brand aus. Alle Wehren der umliegenden Zechen wurden zu Hilfe gerufen. Seit 1 Uhr nachts besteht Hoffnung, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Der angelegte Schaden ist bedeutend.

Fall Levi — Fall Brandler!

Wie die „Freiheit“ mitteilt, gibt es nach dem Fall Levi nun auch einen Fall Brandler in der KPD. Die Zentrale der Partei hat sich nämlich mit der Verteidigungsrede ihres Vorsitzenden vor Gericht befaßt, auf deren eigentümlich widerspruchsvollen Inhalt hier schon hingewiesen wurde. Insbesondere waren es folgende Sätze der Brandlerschen Rede, die schweren Anstoß erregt haben:

„Wir haben in den verschiedensten Tagen bewiesen, daß es uns nicht darum zu tun ist, in die Regierung zu kommen. Wir wollen erst die Macht, wenn wir die ungeheure Mehrheit des Proletariats hinter uns haben, und zwar durch gewählte Räte. Wir können doch kein Räteystem errichten ohne Räte! Die Diktatur des Proletariats wird nicht den zehnten Teil Gewalt anwenden müssen, wie die heutige Regierung. Die Diktatur des Proletariats ist möglich sogar bei Bestehen der deutschen Verfassung. Sie bedeutet, daß die Macht des Proletariats die Politik bestimmt. Der Profit der Kapitalisten wird durch die Diktatur des Proletariats verboten werden, und das kann ohne Einschränkung des in der Verfassung gewährleisteten Eigentumsrecht geschehen. Das ist die Diktatur des Proletariats.“

Diese Sätze bilden allerdings einen schreienden Gegensatz zu dem tatsächlichen kommunistischen Verhalten. — Wir erinnern nur an die jüngsten Gewaltaktionen gegen Gewerkschaftshäuser! Die Zentrale der KPD, aber fürchtet offenbar, durch einen Fall des Vorsitzenden Brandler nach einem Fall des Vorsitzenden Levi neuerdings den Glauben ihrer Anhänger an die allein seligmachende Gewalttheorie zu erschüttern. Deshalb verfiel sie auf den Ausweg, das Verhalten Brandlers vor dem Berliner Sondergericht zu verurteilen, aber diesen Versuch geheim zu halten! Die „Rote Fahne“ dürfte nichts darüber bringen. So wurde die Verurteilung Brandlers wegen Opportunismus der Deffentlichkeit vorenthalten — aus Opportunismus!

ste sich Zoll für Zoll im Kampf mit rasenden Stürmen den Weg bahnen mußte. Eis und Sturm hinderten die Fortschritte der Expedition bis Mitte November. Der Winter war dann verhältnismäßig milde. Es konnten Beobachtungen über Ebbe und Flut gemacht, sowie meteorologische, magnetische und aerologische Untersuchungen vorgenommen werden.

Am 27. Mai d. J. verließ Amundsen sein Schiff „Naud“, das noch immer eingekerkert war, um nach dem Oskap, dem östlichen Hochgebirge des asiatischen Festlandes, zu gehen. Von hier aus ist er dann nach Alaska hinübergekehrt.

Ein spiritistisches Theater. Der Okkultismus besitzt in dem „Byzantinischen Theater“, das dieser Tage in Paris eröffnet wurde, jetzt seine eigene Bühne. Die erste Vorstellung war ausgeprochenemmaßen langweilig. Ihr ging ein Vortrag über den Spiritismus voraus, und dem Vortrag folgte die Wiedergabe einiger Musikstücke, die dem Zweck dienen sollten, die Stimmung der Hörer für die Offenbarungen vorzubereiten, die da kommen sollten. Das ausgeführte Drama hatte den Titel „Im Banne der Luft“. Der Vorhang hebt sich über einer verdunkelten Bühne, auf der der Geist eines im Kriege gefallenen Mannes erscheint, um, angehen mit einer weißen Dede, durch den Schreden, den sein Erscheinen auf keine so schnell getödtete Witwe und ihren Tröster hervorbringt, die Schuldigen zu töten. Die Pariser Kritik drückt ihren gerechten Zweifel aus, ob dieses Bühnenstück als geeignetes Mittel gelten dürfte, dem Spiritismus Anhänger zu werben.

Der erste Internationalist. Unter dieser Ueberschrift gibt J. H. Broadie in der Zeitschrift zur Halbhundertjahrfeier der Unabhängigkeit von Kalifornien die Uebersetzung einiger ägyptischer Humoren an den neuen Somnogenot von Tell el-Amarna. Er sieht darin die Abkunft des Pharaos Amenophis IV. zur Gründung einer internationalen Religion, die dem damals 2000 Jahre lang herrschenden religiösen Nationalismus ein Ende machen sollte. Es sollte wieder 1000 Jahre dauern, bis ähnliche Empfindungen in dem hebräischen Volke aus Licht traten. „Der seltsame junge Pharaos scheiterte“, sagt Broadie, „weil er nicht erkannte, daß die glänzende Stadt in der Ebene von Amarna nur eine Insel der Seligen im Meer der Mißvollenden war.“

Die ägyptische Erbsinnung Amenophis IV. ist bekanntlich in jenen wunderbaren Bildwerken überliefert, von denen unser Neues Museum eine Reihe der schönsten besitzt. Sie zeigen einen früh verstorbenen, erblich offenbar schwer belasteten, vielleicht schwachsinnigen Mann, bismellen in der rührenden Umgebung seiner gleichfalls degenerierten Kinder. Gerade jetzt steht eine Ausstellung im Lichtlof des Neuen Museums diese Bildwerke und die sonstigen Funde aus den Grabungen unserer Orient-Gesellschaft sehr schön und übersichtlich zusammen.

Blühner-Crache. Die beiden nächsten päpst. Vollkongregate unter Leitung von Kardinalmeier E. Reginald, finden heute und am Freitag, abends 8 Uhr, im Wälderpalast, Bülowstr. 76, statt.

Eine Weber-Gedenkfeier veranlaßt der Akademische Richard-Wagner-Verein zu Berlin am Mittwoch, den 29. 74. Uhr, abends in der neuen Aula der Universität. Zur Würdigung gelangt neben Werken von Weber die selten gebaute Trauermusik von Webers Grabmal von Richard Wagner.

Entscheidung über die Flug-Industrie.

Wie die PM. hören, hat die Vorkonferenz nunmehr ihre Entscheidung in der Frage der deutschen Flugzeugindustrie getroffen. In kürzester Frist ist das gesamte Luftfahrtmaterial, was in Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages hergestellt wurde, von der deutschen Regierung zu beschlagnahmen und einzuliefern.

Neuer Werberummel.

Frankfurt a. M., 22. Juni. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Trotz des Verbotes des Reichspräsidenten dauern die freiwilligen Werbungen für Oberschlesien ständig fort. Einer der Hauptwerbungsstellen ist Frankfurt a. M. Nachdem erst vor einigen Wochen hier mehrere Werbebureaus ausgehoben wurden, hat sich seit einigen Tagen ein neues Bureau gleicher Art niedergelassen. Leiter dieses Bureaus ist ein Regierungsassistent, der von einem in Reichswehruniform auftretenden Feldwebel unterstützt wird. Ihre Opfer suchen diese Leute in erster Linie unter den Arbeitlosen, von denen namentlich die jüngeren unverheirateten Leute in vielen Fällen auf das Angebot hereinfallen. So war bereits gestern ein größerer Trupp Arbeitloser auf abgelegenen Wegen zum Bahnhof geschickt worden, um von dort nach Oberschlesien weiter transportiert zu werden. Charakteristisch dabei ist, daß auch bei diesem Transport alles vermieden wurde, was den Anschein erwecken konnte, daß es sich um freiwillige Formationen handelte.

Heute vormittag erschienen nun auf dem Werdebureau zwei arbeitlose Genossen, um nach Arbeit zu fragen. Man verlangte ihnen sofort die Militärpässe ab. Der eine von ihnen erklärte, keinen Militärpaß, wohl aber einen Ausweis des seinerzeit für ihn zuständigen Soldatenrats zu haben, worauf ihn der Leiter des Werdebureaus ansah: „Aha, Sie sind ein Revolutionskämpfer, solche Leute können wir nicht gebrauchen.“ Die Situation änderte sich ein wenig, als der eine der beiden Gewährsmänner, der einen ordnungsmäßigen Militärpaß bei sich führte, erklärte, Frontsoldat während des Krieges gewesen zu sein, was auch der anwesende Feldwebel nach Einsicht in den Militärpaß bestätigte. Die beiden Herren schienen also geneigt zu sein, nur die militärisch brauchbaren Arbeitjungen einzustellen. Der eine unserer Gewährsmänner fragte darauf nach der Art der Arbeit, worauf ihm erklärt wurde, daß ihm darauf keine Antwort erteilt werden könne. Als sein Kollege die Forderung nach Klärung über die Art der Arbeit unterstufte, wurden sie beide schroff mit den Worten angefahren: „Wenn Sie sich beide solidarisch erklären, dann kommen Sie für uns überhaupt nicht in Frage!“

Es unterliegt nach alledem keinem Zweifel, daß es sich bei dem hier charakterisierten Bureau um ein Institut zur Werbung freiwilliger für Oberschlesien handelt, das auf die Anordnung des Reichspräsidenten pfeift.

In Ergänzung obenstehender Meldung wird uns kurz vor Redaktionsschluss noch berichtet:

Zwei Gewährsmänner unseres Frankfurter Parteiblattes, des „Volkstreu“, wurden ihre militärischen Pässe auf dem Werdebureau mit dem Bescheide abgenommen, sie könnten sich dieselben am Freitag wieder abholen. Welchen wurden folgende Bedingungen für den Fall eines Eintritts in die Freiwilligenformation eröffnet: für Wachdienst 70 M., für gewöhnlichen Dienst 50 M. Tagesgelde, dazu freie Etation.

Kahr für den Rechtskurs!

Zur Beantwortung der beiden sozialistischen Interpellationen über die Ermordung des Hrn. Bares ergriff im bayerischen Landtag heute morgen Ministerpräsident v. Kahr das Wort. Kahr unterzögen den gerade in Bayern sonderbar anmutenden Versuch, Fragen der politischen Kultur in den Vordergrund zu rücken; er beurteilte politische Morde, erklärte aber auch den politischen Streit für „rohe Gewalt“. Hierauf ging Kahr auf das Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich ein und tadelte das „mangelnde Verständnis für die andersgeartete wirtschaftliche und soziale Struktur“ in Bayern. Wörtlich sagte er:

„Diese verschiedene Struktur bedingt es z. B., daß in Bayern immer noch im Grunde stärker nach rechts gerichtete Politik betrieben werden wird als im Reich. Würde man sich diesen grundlegenden Unterschied immer vergegenwärtigen, dann dürfte manche verübte Kränkel unterbleiben oder doch milder ausfallen als in letzter Zeit, und zwar sowohl im Süden als im Norden.“

Diese Worte des Ministerpräsidenten zeigen, daß er für die Notwendigkeit einer Einordnung des Landesgedankens in den größeren Reichsgedanken jedes Verständnis verloren hat, andernfalls würde er nicht einem verschärften Rechtskurs für Gegenwart und Zukunft das Wort reden. Wenn Kahr bei dieser Auffassung der Dinge auch noch von einem „Dank für die gedachten Opfer“ sprach, so muß dies als Versuch bewertet werden, die Blöße der Reichsbehörden von den aus Bayern drohenden Gefahren abzulenken. Kahr sollte die Reichsfeinde nicht immer wieder außerhalb Bayerns suchen, sondern sich zunächst einmal nach ihnen in nächster, allerhöchster Umgebung umsehen!

Dreimal ausspucken!

Man schreibt uns: Rechtlich marschierte in Gubrau der Jungfäden, unter Führung der Studenten Snobel und Claus Böhm zu einer Wanderung aus. Beim Anblick eines Friedhofes fragte Snobel, was das für ein Kirchhof sei. Als er die Antwort erhielt: „Der Judenkirchhof“, beschrie er „Halli dreimal ausspucken!“ Doch solche Gesinnung, die wahrscheinlich als urzeitlich angesprochen wird und an der wohl die Welt genesen soll, planmäßig in der unmündigen Jugend verbreitet wird, erweist eine kleine Broschüre „Wissenswertes für die deutschblütige Jugend“ von Ernst Streit im Verlag Rohm in Lorch i. Würt. In dieser Broschüre unterhalten sich junge Menschen über die jüdische Religion und es heißt dort: — kaum glaublich! — wörtlich folgendermaßen: „Der Jude tut damit (indem er die russische Eigenart der Germanen planmäßig zu verderben sucht) seinem Gotte Nahme den größten Dienst. Der Verfälscher der armen Anna Weisse war ein Jude. Anders er dieses deutschblütige Mädchen schändete, brachte er seinem Gotte ein Opfer dar.“ Jeder Zufall würde diese Worte nur abschwächen.

Die Waffen im Ebbegräbnis. Zu dieser Zeit in Nr. 202 vom 6. Juni teilt uns Kreibitz von der Landen-Wandern mit, daß das Rittergut Wargen, auf dem die Waffen gefunden wurden, aber ein Gut ähnlichen Namens sich nicht im Besitz der Familie von der Landen befindet, und das auch ferner auf keinem andern dieser Familie gehörenden Gut jemals derartige Waffenfunde gemacht worden sind.

Die Erstgattung Islands. Im Unterhause berichtete der Kriegsmilitär, daß eine größere Zahl Bataillone nach Island abgezogen ist; andere Bataillone werden so bald wie möglich folgen. Alle verübten Truppen werden zur Unterstützung der bereits abgelandeten nach Island verladen werden.

Neue Lärmereien im Holzprozeß.

Der Prozeß Holz neigt sich seinem Ende zu. Heute beantragte die Verteidigung, noch Kriminalkommissar Kopp als Sachverständigen zu hören. In der Voruntersuchung sei gegen alle Regeln der Kriminalpsychologie verstoßen worden, indem die Witwe des erschossenen Gutbesizers Heß sofort Holz gegenübergestellt wurde. Infolge der Ablehnung dieses Antrages verlor Holz den letzten Rest seiner ohnedies nur noch geringen Selbstbeherrschung und führte eine Lärmrede auf, die an Erregtheit alle früheren übertraf. Als bei der dann angeordneten Pause der Angeklagte durch Schupolewski abgeführt wurde, stürmten seine drei Verteidiger aufgeregt hinterher, um ihn als Sicherheitswache zu begleiten. Zur Kontrolle schloß auch der Staatsanwalt sich dem Zuge an.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung stellte Justizrat Dr. Broh den Antrag, zur Bewertung der Zeugenaussagen über den angeblichen Mord an Heß den Kriminalpsychologen Kriminalinspektor Dr. Kopp als Sachverständigen zu laden, ferner zur Beurteilung der Schußwunden des Hrn. Professor Dr. Hildebrandt und Dr. Arthur Schlesinger. Das Gericht bezieht sich die Beschlußfassung vor. Dann wurde in der Beweisaufnahme fortgefahren und als erster Zeuge der Wachtmeister der Schupolizei Bruno Erleben vernommen, der ebenfalls zu dem Ottoschacht bei Eisleben gefangenen Schupobeamten gehörte. Der Zeuge gibt ungefähr die gleiche Darstellung über seine Gefangennahme wie der am letzten Verhandlungstage vernommene Wachtmeister Franke. Der Zeuge erhielt von Holz den Befehl, mit einem Rad als Parlamentär zur Sipo nach Eisleben zu fahren und dort mit den Beamten, nicht aber mit den Offizieren zu verhandeln. Die Polizei sollte die Waffen niederlegen und dann freien Abzug erhalten. Erleben fuhr in der Tat nach Eisleben, wurde aber von einer Menschenmenge um Boden geschlagen und mißhandelt, so daß er erst nach längeren Schwierigkeiten mit Hilfe von Kriminobeamten seine Hundertschaft erreichen konnte. — Holz: Die Aussage dieses Zeugen ist außerordentlich objektiv und sachlich, ich habe nichts daran auszusagen. — Justizrat Dr. Broh: Haben Sie gesehen, daß Holz einen Rotgardisten niedergeschossen hat, weil er aus Reich und Glied getreten ist? — Zeuge: Ich habe nur davon gehört. Ausdrücke wie: „Ich schiße Dich über den Haufen“ oder „Ich schlage Dir mit der Handgranate über die Schnauze“, waren ja überhaupt an der Tagesordnung.

Der nächste Zeuge Wachtmeister Wille gehörte ebenfalls zu den Gefangenen und wurde von Holz

von der Feuerlinie aus als Parlamentär

zu seiner Hundertschaft geschickt mit einem Zettel: „Ich versichere hiermit, daß die Sipo unbehelligt abziehen kann, wenn sie die Waffen niederlegt. Mag Holz.“ Holz habe, als der Zeuge seinen Weg antrat, ausdrücklich den Befehl gegeben, nicht hinter ihm herzuschleichen.

Das Gericht zieht sich darauf zur Beschlußfassung der Anträge der Verteidigung zurück. Als der Gerichtshof den Sitzungssaal wieder betritt und der Vorsitzende den Beschluß verkünden will, kommt

es zu einer außerordentlich erregten Szene. Vorl.: Das Gericht lehnt den Antrag auf Vernehmung des Kriminalinspektors Dr. Kopp über die Bewertung der Zeugenaussagen der Frau Gutbesizer Heß ab, weil — Holz (unterbrechend): Weil sonst der Schwindel aufgedeckt wird. — Vorl. (stark erregt): Ich verbiete mir diese Äußerungen. — Holz: Natürlich. — Vorl. (fortfahrend): Es lehnt den Antrag ab, weil es lediglich Sache des Gerichts ist, eine Zeugenaussage zu bewerten. Als Holz weiter abfällig Bemerkungen dazwischenwirft, ruft der Vorsitzende in großer Entrüstung: Wenn Sie noch weiter unverschämte Reden, lasse ich Sie fesseln. — Holz (höhnisch, die Hände vorstreckend): Tun Sie es doch. Wo sind denn die Fesseln? — Vorl. (in höchster Erregung): Sie sind ein ganz unverschämter Lügner. — Holz (stark lächelnd): Und Sie ein Bluträcher, Sie sind die Nordbrenner.

Vorl. (in der Begründung des Beschlusses fortfahrend): Dagegen hat das Gericht beschlossen, den Professor Dr. Hildebrandt und nodamals den Büchsenmacher Bock als Sachverständige zu hören. Deshalb vertage ich die Verhandlung auf eine Stunde. — Justizrat Dr. Broh: Dr. Kopp sollte befragen, daß tatsächlich eine Reihe von Vorschriften bei der Ermittlung des Mörders von Heß verletzt worden sind. — Vorl.: Es bleibt dabei. Wir wollen also Professor Hildebrandt, Dr. Schlesinger und den Büchsenmacher Bock laden. — Holz (wieder unterbrechend): Und gleich auch den Scharfrichter. — Justizrat Fränkl: Ich stelle also fest, daß über den Antrag des Justizrat Broh nicht entschieden worden ist. — Justizrat Broh: Ich beantrage deshalb einen Gerichtsbeschluss. — Holz: Der Schwindel darf ja, wie gesagt, nicht aufgeklärt werden. Hinter der ganzen Sache verbirgt sich Ihre feige Hand. — Staatsanwalt Dr. Häger: Den Antrag der Verteidiger bezüglich des Dr. Kopp bitte ich abzulehnen. Der Kriminalinspektor ist ein Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft und der Staatsanwalt ist deshalb sein Vorgesetzter. Die Vernehmung würde also darauf hinauslaufen, daß ein Untergeordneter über die Tätigkeit des Vorgesetzten berichten soll. — Justizrat Fränkl: Mit dem Vorgesetztenverhältnis hat der Antrag gar nichts zu tun. Es soll nur ein erfahrener Kriminalist darüber gehört werden, daß bei den Ermittlungen nach dem Mörder eine Reihe von Dingen unterlassen worden sind. Als das Gericht sich nun nochmals zurückziehen will, schreit Holz in den Saal:

„Es lebe das revolutionäre Proletariat!“

Vorl. (wieder in höchster Erregung): Ich verbiete mir diese Unverschämtheiten, führen Sie den Angeklagten ab.

Es kommt nun zu einer sehr turbulenten Szene. Als Holz, der Miene macht noch weiter zu reden, von mehreren Sipo-Beamten gepackt wird, um ihn am Weiterreden zu hindern und abzuführen, ruft Justizrat Fränkl: „Ich stelle fest, daß das Verhalten des Angeklagten lediglich die Folge des Auftretens des Staatsanwaltes ist.“ Dann fügen alle drei Verteidiger, die aneinander befeindeten, daß dem Angeklagten unterwies irgend ein Unheil zuzufügen, in großer Erregung in die Anklagebank. Hinter den abgeführten Holz hinterher. Die Sitzung wird darauf auf eine Stunde unterbrochen, um die beiden medizinischen Sachverständigen und den Büchsenmacher Bock in der Zwischenzeit zur Stelle zu schaffen.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Groß-Berlin

Eine Zuckerschmelze mit Sägespänen.

Freilassung des Täters.

Ein großer Zuckerschmelzer, der ungenügend geliehen angelegt war, wurde von der Kriminalpolizei nach langen Beobachtungen durchkreuzt. Ein angeblicher Großhändler Steinmann suchte einen hiesigen Gewerbetreibenden auf und bot ihm 50 Sack gleich 100 Zentner für 750 M. das Pfund zum Kauf an. Der Gewerbetreibende war sich nicht im klaren, daß es sich um ein Schleichgeschäft handelte. Dieses Zuckerschmelzgeschäft jedoch nahm Verbindungen, die ihn doch scharf und vorsichtig machten und zuguterletzt veranlaßten, sich an die Kriminalpolizei zu wenden. Der „Großhändler Steinmann“, der dem Kaufmann ebensoviele trauete wie dieser ihm, verlangte, daß vor Lieferung der Ware die 75 000 M. bei einem hiesigen Justizrat zu treuen Händen niedergelegt werden sollten. Die Probe, die er zeigte, stellten so gut aus, daß der Käufer auf das Angebot einging. Es gelang ihm auch, die 75 000 M. aufzubringen. Herr Steinmann überzeugte sich, daß der Käufer auch über einen genügenden Lagerraum verfüge. Andererseits wurde dem Käufer die Gewissheit beigebracht, daß auch der Zucker vorhanden sei. Schließlich wurde der Verkäufer mickrausch und sich nichts mehr von sich hören. Darauf übergab der Käufer die Angelegenheit der Kriminalpolizei. Inzwischen aber war der Verkäufer wieder an den Käufer heranzutreten, diesmal mit dem Vorhabe, er wolle ihm erst einmal zur Probe 10 Sack Zucker von einem Speicher liefern, wenn er ihm bei dem Justizrat 15 000 M. vorzähle. Daraus wurde nichts, weil der Käufer nicht darauf einging. Die Verhandlungen wurden noch einmal aufgenommen und es wurde vereinbart, daß 25 000 M. hinterlegt werden sollten. — Es wurde eine sehr verzwickte Form der Hinterlegung und der Zahlung vereinbart. Tatsächlich wurde jetzt der Zucker angetroffen. Aber noch bevor die Zahlung geleistet worden war, nahmen sich die Kriminalbeamten des Spannunges, des Aufsehens und des Verkaufers an und brachten alle nach dem Polizeipräsidium. Unter dem schönen Wogenplan lagen in der Tat 10 volle Säcke, aber sie enthielten nicht Zucker, sondern — Sägespäne. Herr Steinmann, der sich als ein schon vorbestrafter Meschäcker, ein Revisor Karl Kurze entpuppte, mußte leider wieder auf freiem Fuß gehen, weil er zwar in der Tat ein Schieber und Betrügergeschäfte zu machen, laut Akten aber nicht fähig ist.

Die Arbeiterjugend-Internationale.

Die Gründungskonferenz in Amsterdam hatte den Hauptortstand des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands ernannt, zwei Mitglieder für das Bureau zu bestimmen und die Geschäfte zu übernehmen. Nachdem der deutsche Verband dem Bund der Internationalen nachgekommen ist, hat kürzlich in Berlin die konstituierende Sitzung des Bureau stattgefunden. Vorsitzender ist H. Haagb. Holland, Sekretär-Rebakter Erik Ollenhauer und Kassierer August Albrecht (beide Deutschland). Die Adressen sind: Vorsitzender R. Haagb. Saren (Holland), Bogarmbe. Bureau Erik Ollenhauer, Berlin SW. 68, Bismarckstr. 3. Das Bureau wird jetzt vor allem die Vorbereitungen für den ersten internationalen Arbeiterjugendtag, der in Verbindung mit dem Reichsjugendtag der deutschen Arbeiterjugend am 30. und 31. Juli in Wiesbaden stattfinden soll, treffen. Es ist jetzt schon sicher, daß alle angebotenen Organisationen in Wiesbaden mit größeren oder kleineren Gruppen vertreten sein werden. Ueber die Einzelheiten des Jugendtages wird noch berichtet werden, jetzt sei aber die deutsche Arbeiterjugend schon aufgefordert, für diese erste internationale Kundgebung mit allen Kräften zu wirken.

Städtische Angestellte als Stadträte.

Ueber die Befreiung der in der Gemeinde ehrenamtlich tätigen Beamten, Lehrpersonen, Angestellten, Hilfskräfte und Arbeiter vom Dienst hat der Berliner Magistrat folgende Grundzüge aufgestellt: Sind solche Personen Stadträte, Bezirksverordnete oder Bürgerdeputierte, so ist ihnen der für die Teilnahme an den Sitzungen erforderliche Urlaub zu gewähren. Sind sie unbesoldete Magistrats- oder Bezirkskommissionäre, so sind sie ferner insoweit vom Dienst zu befreien, daß sie ihre Dazugemachte erledigen können. Wenn

diese einen solchen Umfang haben, daß sie dadurch voll in Anspruch genommen werden, so sind sie für die Dauer des Amtes gänzlich vom Dienst zu suspendieren. Während der Beurlaubung und der Dienstbefreiung sind ihre Bezüge unbeeinträchtigt weiterzuzahlen.

13 Milliarden für die Telegraphenverwaltung.

Die neuen Fernspreckgebühren.

Die Fernspreckgebühren sind in dem neuen Fernspreckgesetzentwurf von Grund auf neu gestoffelt worden. Vorher betrug die Gebühr für eine Verbindung bis zu drei Minuten Dauer und bis zu einer Entfernung bis zu 25 km 80 Pf., darüber hinaus bis zu 50 km 1 M., über 50 bis 100 km 2 M., bis 100 km 3 M., bis 100 km 4 M., bis 150 km 5 M., bis 200 km 6 M., über 200 km 8 M. Künftig soll ein Gespräch bis zu drei Minuten Dauer auf eine Entfernung bis zu 5 km nur 25 Pf. kosten. Darüber hinaus sind folgende Gebührensätze vorgesehen: bis 15 km 75 Pf., über 15 bis 25 km 1.25 M., bis 50 km 2 M., bis 100 km 3 M. und von da ab für je 100 km mehr 1.50 M. Diese Sätze entsprechen den Selbstkosten, die der Fernspreckverwaltung neuerdings aus dem Fernbetrieb erwachsen und die sich aus den eigentlichen Leitungslosten und den Betriebslosten zusammensetzen. Die Einführung der neuen Gebührensätze bildet die Grundlage, auf der allein die wirtschaftliche Gesundung des Fernspreckwesens möglich ist. Hand in Hand mit dieser Neuregelung der Gebühren geht der Ausbau des geplanten deutschen Fernsprecknetzes, durch den die bestehenden Abzweige, deren Zahl schon vor dem Kriege unzulänglich geworden war, erheblich vermehrt werden sollen.

Trotzdem ist man inzwischen in der Fernspreckverwaltung zu der Überzeugung gekommen, daß die Einnahmen dieser vermutlich am 1. Oktober in Kraft tretenden neuen Fernspreckgebührenordnung nicht ausreichen werden, um die erforderlichen Neubauten von Leitern oder eine Ausgestaltung des Netzes zu gestalten. Die Milliarde, die seinerzeit in Form einer Anleihe von den Fernspreckteilnehmern erhoben wurde, ist längst aufgebraucht. So ist denn die Fernspreckverwaltung an die Finanzverwaltung mit dem Ersuchen heranzutreten, ihr einen Betrag von 13 Milliarden Mark zur Verfügung zu stellen, und zwar soll das der Mindestbetrag sein, der benötigt wird, um den jetzigen Anforderungen an das deutsche Fernspreckwesen zu entsprechen.

Bei einem Laubenbrand schwer verunglückt. Gestern nachmittags geriet in der Köpenicker Allee in Malsdorf auf noch nicht aufgeklärte Weise die Laube des Fabrikanten Ludwig Krull in Brand und wurde, obwohl die alarmierte Feuerwehr alsbald erschien, ein Raub der Flammen. Die in der Laube anwesende Frau Sieze aus Stargard in Pommern trug schwere Brandwunden am ganzen Körper davon. Sie fand im Köpenicker Krankenhaus Aufnahme. — Ein weiterer sehr bedauerlicher Unfall ereignete sich in der Laubkolonie „Ammergrün“ in der Bondestraße in Treptow. Die Kolonie begann ihr Laubenfest. Am späten Abend, kurz vor dem Fackelzug, stürzte von zwei Krüpperräumen, die als Aborte wie ein Schilderhaus hochgestellt waren, der eine um und begrub einen eifährigen Knaben unter sich. Der Verunglückte wurde erst nach längerer Zeit mit schweren Kopfverletzungen bewußlos aufgefunden. Sein Zustand ist ernst.

Die Fischbodeanstalt am Mühlengraben ist der Öffentlichkeit übergeben worden. Abends von 12—7 Uhr nachmittags. Bodepreis für Erwachsene 40, für Kinder 20 Pf.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

3. Mit. Parteitag 7/4 Uhr: Mitgliederversammlung im Saale der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 2. Thema: Religion und Sozialismus. Referent: Genosse Jule.
Tampelhof. Parteitag 7/4 Uhr: Frauenabend bei Cafe Kaiser-Wilhelm. Cde. Referent: Gen. Jule. Thema: Wäny Erlebnisse aus dem Orient. Ref.: Gen. Jule.
Reinholdstr. Parteitag 7/4 Uhr: Parteitag im Hotel „Königliche Hof“. Referent: Gen. Jule. Thema: Wäny Erlebnisse aus dem Orient. Ref.: Gen. Jule.
Genossenschaft der Arbeiterjugend. Parteitag 7/4 Uhr: Parteitag im Hotel „Königliche Hof“. Referent: Gen. Jule. Thema: Wäny Erlebnisse aus dem Orient. Ref.: Gen. Jule.
Genossenschaft der Arbeiterjugend. Parteitag 7/4 Uhr: Parteitag im Hotel „Königliche Hof“. Referent: Gen. Jule. Thema: Wäny Erlebnisse aus dem Orient. Ref.: Gen. Jule.
Genossenschaft der Arbeiterjugend. Parteitag 7/4 Uhr: Parteitag im Hotel „Königliche Hof“. Referent: Gen. Jule. Thema: Wäny Erlebnisse aus dem Orient. Ref.: Gen. Jule.

Gewerkschaftsbewegung

Gegen Soziallöhne — für Ledigenlöhne.

In der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ schreibt ein Dr. Knut aus Dillenburg über „Soziallöhne und Wiederaufbau“, doch paßt für seine Ausführungen besser die abgeänderte Ueberschrift.

Die Berücksichtigung der Arbeiter und Angestellten mit mehreren Kindern kann nicht in Form der Lohnbemessung geschehen; sie muß in anderer Weise erfolgen. Doch sind wir allerdings der Auffassung, daß die Löhne nicht auf ledige oder kinderlose Arbeiter und Angestellte zugeschnitten werden dürfen, sondern von vornherein auf den Bedarf eines Haushalts mit mindestens zwei Kindern.

In seinem Arbeitslohn müssen dem Arbeiter die Kosten der Erhaltung und der Reproduktion seiner Arbeitskraft zur Verfügung gestellt werden. Daß der ledige Arbeiter unter sonst gleichen Voraussetzungen sich dabei besser stellt, ist notwendig, da er sich die unumgänglichsten Mittel zur Begründung einer Familie ersparen muß. Er kann jedoch gleich dem kinderlosen verheirateten Arbeiter, zugunsten der Familienväter mit größerer Kinderzahl stärker herangezogen werden zu sozialen Leistungen. Auf diese Weise läßt sich ein Ausgleich schaffen, ohne den Familienvater der Gefahr der Entlassung oder der Abweisung von der Arbeit auszusetzen, die ihm stets droht, sobald ihm mit Rücksicht auf seine Kinderzahl ein Lohnzuschlag gezahlt werden soll.

Von vornherein sind wir also mit dem Verfasser jenes Artikels darin einig, daß Soziallöhne unzuverlässig sind und nur zeitweilig — bei ganz außergewöhnlicher Lebensmittelerhöhung ausnahmsweise in Frage kommen können. Der Gegensatz in der Auffassung von Dr. Knut zeigt sich aber schon darin, daß er mit keiner Silbe darauf eingeht, in welcher Weise sonst die Kosten der Reproduktion der Arbeitskräfte getragen werden sollen. Er tritt zwar für eine „weiche Beschränkung in der Bevölkerungsvermehrung“ ein, doch ist selbst dann, wenn damit unüberzählig begonnen wird, dieser Punkt keineswegs erledigt.

Der Unternehmeranwalt will mit eiserner Energie diejenigen Wege suchen, welche zu einer Enttarnung der deutschen Wirtschaft führen können. Als einer dieser Wege erscheint ihm die Beseitigung der Soziallöhne. Er sieht das Bohrer für verheiratete Arbeiter und Angestellte als eine Prämie dafür an, daß diejenigen Gehalts- und Lohnempfänger, welche Familie besitzen, jenseit im vorgerückten Alter sich befinden und infolge dessen zu den politisch ruhigeren Elementen gehören. Dieses Prinzip habe jedoch zu einer vollkommenen Verteilung der Verhältnisse geführt.

Ein sehr großer Prozentsatz der Bevölkerung (!) sei dadurch zu einer Rückständigkeit in der Arbeitsleistung gekommen. Seit der Einführung jener Lohnmaßstäbe „sei ein Rückgang der betriebstechnischen und volkswirtschaftlichen Produktion zu verzeichnen, der vollkommen ohne Gleichen dasteht und uns bereits an den Rand des Verderbens gebracht hat“. Das sei psychologisch verständlich, da „in einer Anzahl von Fällen (!) durchaus tüchtige und intelligente Arbeiter neben solchen Kollegen stehen, die nur ebensoviele oder sogar weniger leisten und doch sich gekümmert besser stehen, nur weil sie ohne Sorgen geheiratet und ohne Skrupeln Kinder in die Welt gesetzt haben“.

Der Verfasser ist wahrscheinlich mit Skrupeln in die Welt gesetzt worden. Das Prinzip sozialer Entlohnung sei bevölkerungspolitisch nichts anderes als eine Prämie auf den frühen Ehestand, eine Belohnung für besondere Leistungen in der Erzeugung von Kindern.

Nach diesen maßlosen Uebertreibungen, die sich allein schon an dem Zeitpunkt der Einführung von Soziallöhnen seit höchstens 2 Jahren von selbst richten, beweist der Mann was ihm zu beweisen galt. Das Endresultat sei ein dreifach verheerendes. Die Soziallöhne verursachten einen privaten und volkswirtschaftlich verheerenden Rückgang der Leistung (Erzeugung zur Haushaltung); eine unbedingte arbeiterschädigende und zurzeit auch volkswirtschaftlich-sicher nicht zu ersehende Zunahme der Bevölkerung; Drittens aber „eine künstliche Ausblähung der Preise, die den einzelnen Arbeiter und Unternehmer sowie die Volksgesamtheit in gleicher Weise treffen“.

Zur letzteren Formulierung kommt Dr. Knut auf dem Wege „wissenschaftlicher“ Betrachtung. Die zunehmende Menge der Lebensmittelnachfragenden seien in steigendem Maße unproduktive Kräfte. Die Soziallöhne vermehrten das Heer der Frauen und Kinder, das Heer der Unproduktiven. Die Familienväter erzeugten für den zusätzlichen Lohn keine entsprechende Menge von Waren. So entstehe eine zusätzliche Kaufkraft, die eine rein inflationistische Wirkung ausübe in der Weise, daß die Preise für das feststehende Maß der erzeugten Waren eine künstliche Aufblähung erfahren.

Und das alles wegen der teilweisen tariflich vereinbarten Kinderzulagen!

Nur der Leistungslohn könne wieder anstacheln zu jener restlosen und vollkommenen Einsetzung aller Kräfte, die notwendig ist, um uns wieder auf die Beine zu helfen. Aus dem zum Schluß folgenden hohen Liebe auf den Leistungslohn geht nicht hervor, wer über die Leistung entscheiden und den Lohn dafür festsetzen soll, ob einseitig der Unternehmer oder beide Parteien durch Tarifvertrag, ob Akkordlohn gemeint ist oder was sonst, das alles bleibt unerörtert. Der langen Schreibe kurzer Sinn ist offenbar der, mit dem Lohnabbau durch Beseitigung der Zulagen zu beginnen, ohne Rücksicht darauf, daß so in erster Linie die Familienväter betroffen würden; grundsätzlich aber, die Arbeiterlöhne auf den Bedarf der ledigen Arbeiter herabzubringen.

Lohnbewegung in der Wabenapparat-Industrie.

Eine Versammlung aller in den Betrieben dieser Industrie beschäftigten Klempner, Tischler, Lackierer und Hilfsarbeiter tagte am Dienstag in den Schultheißenhöfen, um den Bericht über den Stand der Lohnbewegung entgegenzunehmen. Die gesamte Arbeitergruppe hatte am 25. April beschlossen, die Abschaffung der Akkordarbeit und die Erhöhung des Stundenlohnes auf 7 M. zu fordern. Alle Versuche, über diese Forderungen mit dem Fabrikantenverein zu einer regelrechten Verhandlung zu kommen, hatten keinen Erfolg, wie Dietrich eingehend berichtete. Die Fabrikantenvereinigung lehnte schließlich ausdrücklich durch Beschluß eine Verhandlung über die Forderungen ab. Mit Sanktion des Metallarbeiterverbandes trat darauf am Freitag, 10. Juni, zunächst die Besetzung der Firma Kufferow u. Beder in den Streik. Daraufhin kam es zu Verhandlungen mit der Lohnkommission der genannten Firma. Diese führten nach Fallenslassen der Forderung auf Abschaffung der Akkordarbeit und einem Zwischenbeschluß des Fabrikantenvereins am letzten Sonnabend zu folgendem provisorischen Abkommen mit Kufferow u. Beder: Der Stundenlohn wird auf 6,75 M. festgesetzt. Nicht in der Branche eingearbeitete Leute erhalten die ersten vier Wochen pro Stunde 6,55 M. Dasselbe trifft für die Lackierer und Tischler zu. Den Hilfsarbeitern wurden ihren Stundenlöhne ebenfalls erhöht, unter Festsetzung des Lohnes für jeden einzelnen. Ferner wird provisorisch für die Zeit bis zum 1. Juli 1921 festgesetzt, daß auf alle Akkordpreise der Grundliste von 1919 in der geänderten Fassung vom März 1920 ein Zuschlag von 55 Proz. zu zahlen ist.

Inzwischen soll eine allgemeine Verhandlung mit der Fabrikantenvereinigung für alle angeschlossenen Betriebe ermöglicht werden. Der Vertreter des Fabrikantenvereins und der des Metallarbeiterverbandes wollen das ihre dazu tun.

Die Versammlung beschloß, daß diesen allgemeinen Verhandlungen folgende Forderungen zugrunde zu legen sind: 6,85 Mark Stundenlohn und auf die am 11. März 1920 durch Änderung der Grundliste von 1919 festgesetzten Akkordlöhne ein Zuschlag von 75 Proz. mit der Maßgabe, daß eine Akkordbasis in Höhe des Stundenlohnes von 6,85 M. garantiert wird.

Lohnbewegung der Binnenfahrer des Rheins.

Der beim Reichsarbeitsministerium gebildete Schlichtungsausschuss hat am 15. und 16. Juni in dem Lohnstreit der Binnenfahrer des Rheins einen Schiedspruch gefällt. Auf dem Verhandlungswege war eine Einigung der Parteien nicht zu erzielen, da die Arbeitgeber nicht nur alle Anträge der Arbeitnehmer auf Lohn- und Verbesserung der Tarifbestimmungen ablehnten, sondern Anträge stellten auf Lohnabbau von 48 M. pro Woche, Verlängerung der Arbeitszeit um 12 Stunden pro Woche, wesentliche Verschlechterungen bei der Regelung der Arbeitszeit, Arbeiten in der Ladung, schlechtere Bezahlung der Leber-, Nacht- und Sonntagsvergütungen für Kapitäne, Schiffsführer, Maschinen u. a. Die Verordnung Nr. 53 der Rheinlandschaftskommission verbietet jeden Streik, wenn nicht vorher alle Schiedsinstanzen in Anspruch genommen worden sind. Wird der Spruch des Reichsarbeitsministers abgelehnt, dann könnte allerdings noch von der Rheinlandschaftskommission ein besonderes Schiedsgericht zusammengesetzt werden.

Die Schiffer aus der Rhein-Schiffahrt werden nunmehr über nachfolgenden Schiedspruch abzustimmen haben:

1. Unter Berücksichtigung der derzeitigen schwierigen Wirtschaftslage hält es der Schlichtungsausschuss für unzulässig, im gegenwärtigen Augenblicke Veränderungen in den Lohnverhältnissen und Arbeitsbedingungen der gesamten Besatzung der rheinischen Binnen-Schiffahrt eintreten zu lassen. Die Rahmen- und Lohnbestimmungen der am 1. April 1921 abgelaufenen Tarifverträge vom 11. Oktober 1920 werden bis zum 30. September 1921 wieder in Kraft gesetzt. Alle bisher verfügbaren Kampfmaßnahmen sind sofort einzustellen.

Es wird den Parteien aufgegeben, mit größter Beschleunigung wegen Abschluß eines für beide Arbeitnehmerkategorien, Deck- sowie Maschinenpersonal, gemeinsam vom 1. Oktober 1921 ab geltenden neuen Tarifvertrages in Verhandlungen zu treten.

2. Die Parteien haben dem Reichsarbeitsministerium bis zum Montag, den 27. Juni 1921, mittags 12 Uhr, zu erklären, ob sie diesen Schiedspruch annehmen oder ablehnen. Der Nichteingang einer Erklärung gilt als Ablehnung.

Die Ablehnung des Schiedspruches bedeutete den Streik in der Rhein-Schiffahrt.

Deutscher Verkehrsbund, Reichsabteilung für Binnenschiffahrts-, Flößerei- und Wasserbaupersonal.

Verbindlich erklärte Tarifverträge. Die am 17. Februar 1921 ausgesprochene allgemeine Verbindlichkeit des Abkommens vom 8. November 1920 ist laut Verfügung des Reichsarbeitsministeriums vom 9. Juni 1921 gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 („Reichsgeblätt“ Seite 1456) für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis zum 31. Dezember 1920 auf die Angestellten bei Provisions-Generalagenturen im Reichsgebiet ausgedehnt worden. — Die beiden Reichstarifverträge für die Direktionsangestellten und die Angestellten bei Verwaltungs- und Provisions-Generalagenturen sind laut Verfügung des Reichsarbeitsministeriums vom 6. Juni 1921 für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt für die gebliebenen Leistungen mit dem 1. Januar 1921, im übrigen mit dem 3. März bzw. 9. April. — Die Fachgruppe Versicherung des Zentralverbandes der Angestellten trat beim Reichsarbeitsministerium dafür ein, daß durch die Festsetzung des Beginns der allgemeinen Verbindlichkeit die Angestellten, deren Arbeitgeber keinem der an den Tarifverträgen beteiligten Arbeitgeberverbände angehören, nicht geschädigt werden dürfen. Daß diese Angestellten jetzt wenigstens die neuen gebliebenen Leistungen rückwirkend vom 1. Januar 1921 ab beanspruchen können, ist auf das Eingreifen des Verbandes zurückzuführen.

Der amerikanische Arbeiterbund nahm auf seiner Jahresversammlung in Denver eine Entschiedenheit an für einen vollständigen Ausschluß der Japaner und der anderen Orientalen aus den Vereinigten Staaten. — Die Praxis der amerikanischen Gewerkschaften beschränkt sich längst nicht mehr auf die Fernhaltung orientalischen Zugangs. Bereits in der Vorkriegszeit scheute man vor internationaler Verbindung mit deutschen Gewerkschaften zurück, von deren Mitglieder man Zugang befürchtete.

Soziales.

Betriebsunfälle und Unfallrenten.

Aus dem in Nr. 1 des laufenden Jahrgangs der „Ämtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts“ veröffentlichten Jahresbericht der Unfallversicherung geht hervor, daß auch im Jahre 1919 die Unfälle zurückgegangen sind. Gleiches konnte für das Vorjahr festgestellt werden. Gemeldet wurden 1919: 575 474 Unfälle gegen 657 277 im Jahre 1918. Hiervon hatten 10 189 (11 092) tödlichen Ausgang und 609 (626) dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit im Gefolge. Die Zahl der von tödlich verletzten Personen hinterlassenen Entschädigungsberechtigten, die im Berichtsjahre die erste Rente erhalten haben, betrug 17 677 (19 138). Darunter waren 6380 (6467) Witwen und Witmer, 10 747 (11 193) Kinder und Enkel, 550 (539) Verwandte aufsteigender Linie.

Erstmalige Entschädigungen wurden 1919 für 103 624 (107 275) Unfälle gewährt. Darunter waren 5735 Entschädigungen für Jugendliche unter 16 Jahren, von denen 833 weiblichen Geschlechts waren.

Unfallrentenbezieher gab es 1919 insgesamt 1 002 247 Personen, 1918: 933 755. Hiervon bezogen 787 030 Verletztenrenten (1918: 713 323), 108 006 Witwen- oder Witmerrenten (109 359), 101 894 Waisenrenten (104 948), 5317 Elternrenten (6125).

Die Gesamtsumme der an Renten usw. von den Versicherungsträgern gezahlten Entschädigungsbeträge betrug 1919: 209 169 829 M., 1918: 192 467 301 M. Davon kamen auf Verletztenrenten 134 104 518 M., auf Witwen- oder Witmerrenten 22 815 742 M., auf Waisenrenten 22 744 833 M., auf Renten an Verwandte aufsteigender Linie (Elternrenten) 1 271 520 M., auf Abschlüsse: a) an Verletzte 8 633 794 M., b) an Ausländer bei Aufgabe ihres Wohnsitzes im Deutschen Reich 134 022 M., c) an Witwen bei Wiederverheiratung 2 349 835 M., d) an ausländische Hinterbliebene 13 712 M., auf Fürsorge für Verletzte innerhalb der gesetzlichen Wartezeit 1 400 205 M., auf Unfallunterstützung, Feststellung der Entschädigung, Ueberwachung der Renteneempfänger 6 191 561 M. Für Heilverfahren wurden 15 743 959 M. ausgegeben, darunter für Behandlung der nicht in Heil- und Genesungsanstalten untergebrachten Verletzten 6 920 541 M., für Kur- und Verpflegungskosten 6 588 789 M.

Für Unfallversicherung wurden 4 499 267 M. ausgegeben, darunter 4 178 353 M. für laufende Ueberwachung der Betriebe.

Bericht für den redbell. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Angelegenheiten: Dr. Giese, Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlagsdruckerei u. Verlagsbuchhandlung Carl Singer u. Co., Berlin Unter den Linden 11.

Sie fallen herein!
wenn Sie sich durch unläutere offensichtlich irreführende Reklame betören lassen. Wollen Sie nicht enttäuscht werden, so wenden Sie sich beim Verkauf von

Brillanten
auch an größeren Objekten
Platin, Gold-, Silber-Sachen
vertrauensvoll an die führende Firma **Berlinas**.
Garantiert kostenlose ehrliche Abschätzung

H. Wiese, Artilleriestraße 30
5 Min. v. Bahn, Friedrichstr. Telefon Norden 1633
Ich garantiere fast stets für Höchstgebot.

Das Ende der Arbeitslosigkeit u. Wohnungsnot!
Ein neuer gangbarer Weg zur Erlangung einer gesunden Existenz **ohne eigenes Kapital!** und Eigenheim die hochaktuelle Schrift gelesen haben. Schreiben Sie noch heute! — Zu beziehen gegen Vorkausung von Mark 4.— (etwas über Porto und Verpackung) vom **Verlag „Fortschritt“ (Abt. 3), Hamburg 23.**

WANZEN PFEIFFEROL
Motten, Flöhe, Kopf- und Körperläuse, Schwaben werden radikal vernichtet durch

Erhältlich in Apotheken und Drogerien, Apotheker Otto Pfeiffer & Pflüger, Berlin N 65, Schuster 14.

H. & P. Uder, Sö. 18, Engelufer 5
Zigaretten, Kau-, Rauch- u. Schnupftabake
G.A. Henswacker • Goldfarb • Lanofried • Eicken • Raulino
Oldenkott • Geöffnet 8—2 u. 3—4 Uhr. Moritzpl. 2614, 13720

Parzellen
in Eggenstedt, 15 Minuten vom Bahnhof Strausberg entfernt, zu verkaufen. Köhn & Co. Berlin, Potsdamerstr. 11, Ruf. 2593.

Zinn u. Blei
sowie alle Altmetalle kaufen zu Tagespreisen
Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74.
Telephon: Moritzplatz 9955

Die Graphologie
von H. Beder. Preis 7,50 M. Best. 1,50 M. Wissenschaftliche Vorkenntnisse zur Beurteilung der Handchrift, um aus derselben Charakter, seelische Zustände, Temperament, Fähigkeiten usw. zu erkennen, mit 127 Schriftproben und Erläuterungen. Jeder Kauf, d. Buch, erhält auf Wunsch b. unfer. Institut eine genaue Beurteilung seiner Handchrift! 1,50 M. — Gr. Buchdruck gratis.
Albrecht Dörr, Verlag Leipzig 42.

NEVEN & CO.
Spezialhaus für
Holz-Aufwaschtische
Marmor-Waschtische
Bade-Einrichtungen
Sanitäre Steingutwaren

Berlin C 19 Untergrundbahnhof
Wallstr. 25 Spittelmarkt-Inselbrücke

Bekanntmachung!

Das in dem früheren **Laserstein'schen Warenhaus, Wörther Straße 29/30, Ecke Rykestraße, belegene Warenlager** wird, da die Geschäftsräume bis zum 1. Juli d. J. geräumt sein müssen, **radikal ausverkauft.**

Das Lager besteht aus **Manufakturwaren, Konfektion, Schuhwaren, Steingut, Porzellan, Wirtschaftswaren, Kurz-, Putz-, Spielwaren usw.** Gleichzeitig steht eine **Restaurations-Einrichtung komplett mit Klavier, Billard u. Zubehör zum Verkauf.** — Es wird darauf hingewiesen, daß die Waren in kurzer Zeit geräumt sein müssen u. ohne Rücksicht auf den bisherigen Preis, verschiedene Artikel für jeden annehmbar. Preis verkauft werden.

Verkaufszeit von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends

Geschäftshaus für Gelegenheitskäufe